

## Antrag

Fraktion der FDP

Hannover, den 30.10.2014

### **Den aktuellen Landesraumordnungsentwurf zurückziehen und grundlegend überarbeiten**

Der Landtag wolle beschließen:

#### EntschlieÙung

Ende Juli 2014 hat die Landesregierung ihren Entwurf für die Novellierung des Landes-Raumordnungsprogramms vorgestellt. Allen Landkreisen, Städten, Wirtschaftsverbänden, Naturschutzvereinigungen und Privatpersonen wurde der 14. November 2014 als Frist für Stellungnahmen gewährt.

In den vergangenen Wochen und Monaten wurde der Entwurf der Landesregierung vor Ort intensiv diskutiert. Die Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger auf dem Land, insbesondere aber die Reaktionen der Landwirte, sind eindeutig: Die Landesraumordnungspläne der Landesregierung gehen an der Realität der Menschen vorbei und gefährden die Zukunftschancen des ländlichen Raums.

Vor allem die Pläne zur Ausweitung des Moorschutzes stoßen bei den Menschen auf dem Land auf entschlossenen Widerstand. Im Kern geht es dabei um rund 100 000 ha, die unter besonderen Schutz gestellt und damit wieder als Moore zurückentwickelt werden sollen.

Betroffene Moorbauern fühlen sich entgegen den Beteuerungen von Landwirtschaftsminister Christian Meyer in ihrer Existenz ernsthaft bedroht: „Das Moorschutzprogramm zieht uns im wahrsten Sinne des Wortes den Boden unter den FüÙen weg.“

Darüber hinaus soll das neue Landes-Raumordnungsprogramm Vorgaben zur regionalen Siedlungsentwicklung und Daseinsvorsorge festschreiben. Damit versucht die Landesregierung, über die Landesraumordnung die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger zu regeln. Vor allem raumordnerische Einteilungen in Grund-, Mittel- und Oberzentren sowie die Ermittlung von „Erreichbarkeitsräumen“ und „Verflechtungsbereichen“ stoßen vielerorts auf Unverständnis.

Der Landtag stellt deshalb fest:

Der vorgestellte Entwurf der Landesregierung zur Novellierung des Landes-Raumordnungsprogramms wird den Herausforderungen der zukünftigen Entwicklung im ländlichen Raum in keiner Weise gerecht.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. den Protest der betroffenen Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und deshalb den Entwurf zur Novellierung des Landes-Raumordnungsprogramms unverzüglich zurückzunehmen,
2. einen korrigierten Entwurf zur Novellierung des Landes-Raumordnungsprogramms in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern zu erarbeiten und einen einvernehmlichen zweiten Entwurf vorzulegen,
3. in dem überarbeiteten Entwurf vollständig auf die Ausweisung von rund 100 000 ha als Vorranggebiete für Torferhaltung und Moorschutz zu verzichten.

## Begründung

Der ländliche Raum droht weit hinter die städtischen Ballungsräume zurückzufallen, die Abwanderung junger Menschen droht erosionsartig zuzunehmen. Gleichwertige Lebensbedingungen für die Menschen auf dem Lande rücken in weite Ferne, wenn Landwirtschaftsminister Meyer seine Pläne durchsetzen kann.

Landesweit sind nach Auskünften des Landvolks rund 1 000 Landwirte durch das Landes-Raumordnungsprogramm in ihrer zukünftigen Entwicklung und schon der derzeitigen Existenz massiv bedroht. Die neuen Moorschutzpläne der rot-grünen Landesregierung treffen vom Emsland bis in die Heide und von der Nordseeküste bis zum Wiehengebirge große Teile Niedersachsens. Insgesamt umfassen die geplanten neuen Vorgaben rund 650 000 ha humusreiche Böden, davon 102 000 ha Moorböden mit besonders strengen Zielen. Zudem plant das Land, weitere 25 000 ha vornehmlich mit EU-Geldern aufzukaufen.

Christian Dürr  
Fraktionsvorsitzender